

Name der Kommune:	Telefon:
Ansprechpartner:	E-Mail:

<p>An das Landratsamt Aichach-Friedberg Verkehrswesen Münchener Straße 9 86551 Aichach</p>	<p>Antrag auf streckenbezogene Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h nach § 45 Abs. 9 Nr. 6 StVO</p> <p>Je Antrag nur einen Bereich ankreuzen</p> <p><input type="checkbox"/> a) vor einem Kindergarten oder einer Kindertagesstätte, -krippe oder -hort</p> <p><input type="checkbox"/> a) vor einem Spielplatz</p> <p><input type="checkbox"/> a) vor einer allgemeinbildenden Schule</p> <p><input type="checkbox"/> a) vor einer Förderschule oder Einrichtung für Menschen mit Behinderung</p> <p><input type="checkbox"/> a) vor einem Alten- oder Pflegeheim</p> <p><input type="checkbox"/> a) vor einem Krankenhaus</p> <p><input type="checkbox"/> b) an einem hochfrequentierten Schulweg</p> <p><input type="checkbox"/> c) an einem Fußgängerüberweg (Z. 350, 293)</p>
--	---

durch die örtliche Straßenverkehrsbehörde auf dem klassifizierten Straßennetz (Kreis-, Staats-, und Bundesstraßen).

Zur Ermöglichung der Einzelfallprüfung werden daher folgende **Unterlagen** vorgelegt:

- a) Vor einem Kindergarten oder einer Kindertagesstätte, -krippe oder -hort**
Vor einem Spielplatz
Vor einer allgemeinbildenden Schule
Vor einer Förderschule oder Einrichtung für Menschen mit Behinderung
Vor einem Alten- oder Pflegeheim
Vor einem Krankenhaus

Erforderliche Unterlagen:

- **Lageplan**, aus welchem die Schwerpunkte bzw. der direkte Zugang zur Straße hervorgehen.
- Angabe der **zeitlichen Beschränkung**, wann die jeweilige Einrichtung genutzt wird.
- (zeitliche Beschränkung durch Verkehrszeichen oder Satzung gegeben?).
- Größe der Einrichtung

Optional zusätzliche Unterlagen:

- Stellungnahme des **ÖPNV** (AVV GmbH, MVV GmbH), dass die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h keine negativen Auswirkungen auf den Taktfahrplan hat
- **Verkehrstechnisches Gutachten**, aus dem hervorgeht, dass durch die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h nicht mit einer Verkehrsverlagerung in Wohnnebenstraßen zu rechnen ist.
- Fanden in der Vergangenheit bereits **Ortseinsichten** mit den Beteiligten (Polizei, Straßenbaulastträger, etc.) statt, bzw. wurden hierbei Sicherheitsaspekte (Querungshilfen, etc.) geprüft? Falls ja, sind die Unterlagen dem Antrag beizulegen.
- Gibt es bereits **Sicherungseinrichtungen** wie z. B. Querungshilfen (Fußgängerüberwege, Lichtzeichenanlagen, Sperrgitter)

b) Hochfrequentierter Schulweg:

Erforderliche Unterlagen:

- **Lageplan**, aus welchem die Wege zwischen Wohngebieten und allgemeinbildenden Schulen, oder in Zusammenhang mit der Nutzung des ÖPNV (Haltestellen) hervorgehen.
- Angabe der **zeitlichen Beschränkung**, wann die Schulwege genutzt werden (i. d. R. **Mo.-Fr. 7.00 bis 8.00 Uhr**, Mittagszeiten sind begründet darzulegen).
- Nachweislich begründete **Bündelungswirkung** innerhalb des Stadt- oder Dorfteils, hinsichtlich der Wege zwischen Wohngebieten und allgemeinbildenden Schulen, oder in Zusammenhang mit der Nutzung des ÖPNV (Haltestellen).

Optional zusätzliche Unterlagen:

- Stellungnahme des **ÖPNV** (AVV GmbH, MVV GmbH), dass die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h keine negativen Auswirkungen auf den Taktfahrplan hat
- Vorlage von **Schulwegplänen**, um die Bündelungswirkung darzulegen.
- **Verkehrstechnisches Gutachten**, aus dem hervorgeht, dass durch die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h nicht mit einer Verkehrsverlagerung in Wohnnebenstraßen zu rechnen ist.
- Fanden in der Vergangenheit bereits **Ortseinsichten** mit den Beteiligten (Polizei, Straßenbaulastträger, etc.) statt, bzw. wurden hierbei Sicherheitsaspekte (Querungshilfen, etc.) geprüft? Falls ja, sind die Unterlagen dem Antrag beizulegen.
- Gibt es bereits **Sicherungseinrichtungen** wie z. B. Querungshilfen (Fußgängerüberwege, Lichtzeichenanlagen, Sperrgitter)

c) Fußgängerüberweg (ugs. Zebrastreifen):

Erforderliche Unterlagen:

- **Lageplan**, aus dem ersichtlich ist, wo sich der beantragte Bereich befindet.
- **Nachweis**, dass die erforderlichen Sichtweiten von 70 m bei Tempo 50 km/h nicht sichergestellt werden können.

Optional zusätzliche Unterlagen:

- Fanden in der Vergangenheit bereits **Ortseinsichten** mit den Beteiligten (Polizei, Straßenbaulastträger, etc.) statt, bzw. wurden hierbei Sicherheitseinrichtungen (Sperrgitter, etc.) geprüft? Falls ja, sind die Unterlagen dem Antrag beizulegen.

Hinweis: Je mehr Unterlagen, desto schneller und zielgerichteter ist die Bearbeitung möglich.

_____, den _____
(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)